

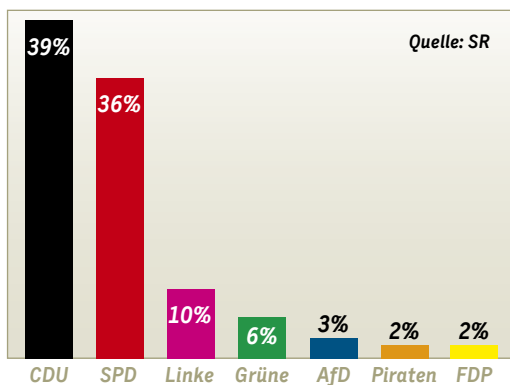
Umfrage stärkt CDU als führende Kraft im Land

Erfreuliche Zahlen für die CDU Saar beim „Saarland-Trend“ des Saarländischen Rundfunks: Mit 39 Prozent bei der „Sonntagsfrage“ wurde das Ergebnis der Landtagswahl 2012 um fast vier Prozentpunkte übertroffen, die CDU ist klar stärkste Kraft.

Gut jeder zweite Saarländer würde sich bei der Direktwahl des Ministerpräsidenten für unsere CDU-Landesvorsitzende **Annegret Kramp-Karrenbauer** entscheiden (53 Prozent).

Außerdem haben die Saarländer mehrheitlich (45 Prozent) den Eindruck, dass die CDU ihre politischen Ziele in der Regierung stärker durchsetzen kann als die SPD (19 Prozent).

Als „Stärkung und Bestätigung der CDU als führende Kraft im Land und Unterstützung der von Annegret Kramp-Karrenbauer geführten Großen Koalition“ bezeichnete Generalsekretär **Roland Theis** das Umfrage-Ergebnis: „Mit einem Plus von fast vier Prozentpunkten haben wir als CDU unsere Position als führende politische Kraft im Land ausgebaut.“



Die beiden Regierungsparteien haben deutlich hinzugewonnen – drei Viertel aller Befragten unterstützen die Landesregierung unter Führung der CDU Saar. **Roland Theis**: „Das ist nicht zuletzt eine große Bestätigung für die gute Arbeit von Annegret

Kramp-Karrenbauer als Regierungschefin.

Wie das Wahlergebnis vom 25. März 2012 bestätigt auch die erste Umfrage danach: Es war richtig, den

Menschen vor der Wahl klar zu sagen, welche Herausforderungen zu bewältigen sind.“

Gerade für die notwendigen Sparmaßnahmen mit dem Ziel einer generationengerechten Haushaltspolitik und der Sicherung der Eigenständigkeit des Landes brauche es eine breite Akzeptanz, erklärt der Generalsekretär: „Die Umfrage zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Saarländer diesen Weg weiterhin unterstützt. Die Ergebnisse sind für uns Ansporn und Verpflichtung, an der Bewältigung der Herausforderungen unseres Landes weiter zu arbeiten.“

Annegret Kramp-Karrenbauer diskutierte über Regulierung der Medien

Zum zehnten Mal hatte die CDU Deutschlands Mitte Mai zur „Media Night“ eingeladen. Gefragte Gesprächspartnerin war **Annegret Kramp-Karrenbauer**, die als Podiumsgast zum Thema „Regulierung in der digitalen Medienwelt“ mit großer Fachkompetenz überzeugte.



Mitmachen vor Ort – Aktionen der CDU im ganzen Land

Unter dem Motto „Was mir am Herzen liegt!“ hatte der CDU-Bundesverband alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, bis Ende April Vorschläge für das Regierungsprogramm zur Bundestagswahl einzubringen. Die CDU Saar hat diese Aktion tatkräftig unterstützt. Im ganzen Land wurden Aktionsstände organisiert, an denen die Menschen sich informieren und ihre Ideen direkt einreichen konnten.

Die erfolgreichen Aktionen im Saarland blieben auch der Bundespartei nicht verborgen. So kam es, dass ein Fernsehteam von „CDU-TV“ aus Berlin ins Saarland kam, um die Aktion einen ganzen Tag hier bei uns zu begleiten: zu Infoständen in Saarbrücken und Ottweiler und zu Multiplikatoren-Gesprächen mit Vertretern diverser gesellschaftlicher Gruppen.

Das Video ist über den nebenstehenden QR-Code erreichbar. Es wird kommentiert von Generalsekretär **Roland Theis**. Mit dabei ist auch unsere Bundestagsabgeordnete **Nadine Schön**.

Daneben hat auch der Landesverband eine eigene Mitmach-Aktion konzipiert, die unter dem Motto „Meine Idee für unsere Heimat“ steht. Diese läuft noch bis zur Sommerpause. Verbände, die sich beteiligen wollen und Material benötigen, wenden sich bitte an die Landesgeschäftsstelle unter

► Telefon: 0681 / 584 53-20



Juni

11.

Landes-
ausschuss

18.30 Uhr
Handwerkskammer
Saarbrücken

Einigkeit in Union über stärkere Anerkennung von Kindererziehungszeiten

Die frauenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion **Dagmar Heib** zeigt sich erfreut, dass beim Thema Mütterrente nun Einigkeit in der Union herrscht und eine Verbesserung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, geplant ist.



„Derzeit werden Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechnung ungleich berücksichtigt. Müttern, deren Kinder ab 1992 geboren sind, werden drei Entgeltpunkte pro Kind in der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet. Mütter mit vor 1992 geborenen Kindern bekommen dagegen nur einen Entgeltpunkt. Dies bedeutet einen Unterschied von rund 60 Euro. Nach den Plänen der Union soll diese Ungerechtigkeit behoben werden“, so **Dagmar Heib**.

Die geplante Anhebung um einen Entgeltpunkt bedeutet nach Ansicht der CDU-Familienexpertin einen sukzessiven Abbau der noch bestehenden Ungerechtigkeit und kann zu einer Stärkung der eigenständigen Alterssicherung von Frauen führen.

Grenzüberschreitender Taxiverkehr in der Großregion

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion **Peter Strobel** weist darauf hin, dass es in unserer Großregion problemlos möglich sein muss, Taxifahrten auch über Landesgrenzen hinweg durchführen zu können.



„Dass deutsche Fahrgäste in Frankreich stranden oder umgekehrt, sollte es in einer Großregion, die sich durch ihr offenes und freies Miteinander auszeichnet, nicht geben“, so **Peter Strobel**.

Das Thema „Verkehrsabkommen“ war daher Thema im Wirtschaftsarbeitskreis der CDU-Landtagsfraktion. Abkommen mit anderen Ländern, wie z. B. Luxemburg, gibt es schon länger. Nicht aber für Fahrten nach und von Frankreich. Nun soll – gemeinsam mit Anette Hübingler MdB und Doris Pack MdEP – nach einvernehmlichen Lösungen gesucht werden.

Gespräche mit dem öffentlichen Dienst

Die CDU-Landtagsfraktion steht zum öffentlichen Dienst und weiß um dessen Wichtigkeit für die Belange unseres Landes. Über Regelungen für Beamtinnen und Beamte 2013/2014 wird daher im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten intensiv gesprochen werden.

Der uns vorgegebene Abbaupfad der Neuverschuldung erfordert ganz konkrete Sanierungsmaßnahmen und eine Konsolidierungsstrategie. Ein zentraler Punkt ist hierbei die Reduzierung der Personalkörper der Landesverwaltung.

Der geplante Stellenabbau um 10 Prozent ist dabei kein leichtes Unterfangen, aber ein notwendiger Schritt, nicht zuletzt auch angesichts der demografischen



Entwicklung im Saarland.

Fakt ist, so CDU-Fraktionschef **Klaus Meiser**, dass es keine Nullrunden geben wird, und das Beförderungsbudget 2013 angemessen erhöht wurde. Alle weiteren Fragen, auch ob und in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt eine Übernahme des Tarifabschlusses auf unsere Beamtinnen und Beamten möglich wird, ist Gegenstand der Gespräche mit den Spitzenverbänden. Dabei ist auch auf das Vorgehen der anderen Länder zu achten.

„Hier muss im gemeinsamen Dialog offen und ehrlich, aber auch unter Betrachtung der uns zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten, nach gangbaren Wegen gesucht werden“, so **Klaus Meiser**.

Zukunftsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion **Ruth Meyer** sieht in den geplanten Änderungen im Brand- und Katastrophenschutzgesetz eine Verbesserung der personellen und finanziellen Ausstattung der freiwilligen Wehren im Saarland.



tige weitere zwei Jahre in den Reihen der Feuerwehr“, so **Ruth Meyer**.

Die Verstetigung der Feuerschutzsteuer führt nach Ansicht der CDU-Innenexpertin zudem zu mehr Planungssicherheit. Künftig sollen verlässlich 2,5 Millionen Euro für die saarländischen Feuerwehren bereitstehen. Hierzu ist mit den kommunalen Spitzenverbänden eine einvernehmliche Finanzierungslösung gefunden worden.

„Der Entwurf kommt dem Wunsch vieler Wehrleute nach, den aktiven Dienst auf 65 Jahre zu erweitern und hält damit erfahrene Kräfte für wich-

Klausurtagung in Berlin

Bei ihrer Klausurtagung in Berlin traf sich die CDU-Landtagsfraktion mit Vertretern verschiedener Bundesministerien sowie der Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel**. In intensiven Gesprächen konnten dabei nicht nur für das Saarland wichtige Themen in

Berlin platziert werden, sondern auch Zusagen mit ins Saarland gebracht werden. So zum Beispiel die Aussagen aus dem Bundesverkehrsministerium zum Erhalt der 200 Arbeitsplätze am Wasser- und Schifffahrtsamt sowie zum Ausbau der Moselschleusen.

Junge Menschen aus drei Nationen diskutierten über Generationengerechtigkeit

Die Junge Union Saar und ihre luxemburgischen und französischen Partnerorganisationen CSJ und Jeunes Populaires trafen sich vor wenigen Tagen im luxemburgischen Remerschen zu einer Diskussionsrunde zum Thema Generationengerechtigkeit.

Über 70 Jugendliche aus allen drei Ländern diskutierten mit dem saarländischen Finanz- und Europaminister **Stephan Toscani**, **Anne Grommerch**, Mitglied der französischen Nationalversammlung sowie **Serge Wilmes**, Mitglied der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung.



JU-Landesvorsitzender **Markus Uhl**: „Ich freue mich, dass so viele junge Menschen aus allen drei Ländern gekommen sind und dass wir uns

darin einig sind, dass zu einer generationengerechten Politik vor allem das Ende der Schuldenpolitik und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gehören“. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion verabschiedeten die Teilnehmer einstimmig ein gemeinsames Positionspapier zum Thema europäische Generationengerechtigkeit und ließen den Abend gemütlich bei einem „vin d’honneur“ ausklingen.

Bender zum Pflegebeauftragten berufen

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 15. Mai den ehemaligen Landessozialgerichtspräsidenten **Jürgen Bender** (Foto) einstimmig zum Pflegebeauftragten berufen. Der 66-jährige Jurist kann neben seiner gerichtlichen Tätigkeit auf eine



20-jährige Erfahrung als Leiter einer örtlichen Sozialstation blicken. Der CDU-Sozialexperte **Hermann Scharf** ist sich sicher, dass mit der Berufung von Jürgen Bender das Amt qualifiziert und engagiert ausgefüllt werden wird.

Gegen drastische Einschnitte bei Förderung von Städtepartnerschaften

Doris Pack warnt vor drastischen Einschnitten bei der Förderung von Städtepartnerschaften durch Kürzungen beim Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“:

„Es wird immer deutlicher, welche fatalen Auswirkungen es hat, dass die Staats- und Regierungschefs die Vorschläge der Kommission zum EU-Haushalt medienwirksam zusammengestrichen haben.“ Zum Ansehen der Europäischen



Integration könnten Städtepartnerschaften mehr beitragen als bunte Broschüren und teure Informationskampagnen.

„Die Verhandlungsführer des Parlaments sind bereits alarmiert. Wer also für eine ordentliche Finanzausstattung des Programms ist, muss sich nun an seine nationale Regierung wenden, damit diese sich im Rat entsprechend positioniert“, so die saarländische Europa-Abgeordnete.

Mitmachen im teAM Deutschland

Mit etwa 28 000 Mitgliedern war das teAM Deutschland im Jahr 2009 die größte und erfolgreichste politische Unterstützerkampagne im Bundestagswahlkampf. Auch 2013 heißt es wieder, alle Kräfte zu mobilisieren und gemeinsam für ein Ziel zu kämpfen: Angela Merkel muss Bundeskanzlerin bleiben! Das teAM Deutschland braucht dafür auch Ihre Unterstützung.

Über das teAM-Netz auf www.teAM.cdu.de sind die Wahlkreis-Teams aller Kandidatinnen und Kandidaten organisiert. Dort kann jedes teAM-Mitglied seine bevorzugten Einsatzgebiete angeben – ob Bürgergespräche am Canvassing-Stand, Unterstützung in den Sozialen Netzwerken und vieles mehr. In der Rubrik „Hinter den Kulissen“ gibt es zudem exklusives Material aus der teAM-Zentrale in Berlin und aus dem Wahlkampf vor Ort.

Das Kern-teAM im Konrad-Adenauer-Haus versteht sich dabei als Servicezentrale für die Kandidaten sowie alle Unterstützer und steht mit Rat und Tat zur Seite. Mit **Thorsten Rietbrock** gibt es in Berlin einen direkten Kontakt für das Saarland. Er kennt die Region und steht für Tipps, bei Fragen und Problemen jederzeit zur Verfügung:

Telefon: 030 - 2 20 70 - 372

E-Mail: thorsten.rietbrock@cdu.de

Jeder kann mitmachen! Einfach unter www.teAM.cdu.de registrieren und auf www.facebook.com/teamdeutschland anklicken.



Peter Altmaier

Ein Jahr Bundesumweltminister



Seit einem Jahr bin ich in Berlin als Bundesumweltminister im Kabinett von Angela Merkel tätig. Mit großer Freude und ganzer Kraft arbeite ich für den Umwelt- und Naturschutz sowie für eine erfolgreiche Energiewende in Deutschland.

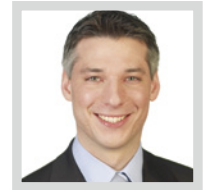
Die Energiewende ist ein Gemeinschaftsprojekt. Deutschland kann weltweit Vorreiter mit Blick auf die Nutzung der Erneuerbaren Energien werden. Dies ist eine riesige ökologische und ökonomische Chance für unser Land. Erfolgreich werden wir am Ende nur sein können, wenn jeder Einzelne von uns die Energiewende unterstützt und aktiv begleitet.

Daher bitte ich Sie, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, um ihre Unterstützung: Gemeinsam können wir die Energiewende zum Erfolg führen und weltweit die Nummer 1 bei der Nutzung der Erneuerbaren Energien werden. Dabei müssen die Strom- und Energiepreise bezahlbar bleiben. Ich werde mich daher auch zukünftig für eine Strompreis-Sicherung einsetzen, damit Strom und Energie nicht zum Luxusgut werden.

www.peteraltmaier.de

Alexander Funk

Steuerabkommen wäre gerecht



Die Selbstanzeige von Uli Hoeneß und das Eingeständnis, Steuern hinterzogen zu haben, hat die Debatte um die Bekämpfung der Steuerkriminalität neu entfacht. Vor allem die SPD hat dieses Thema für sich entdeckt, weil es sich aus ihrer Sicht hervorragend als Beitrag zur „Neiddebatte“ eignet.

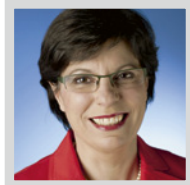
Im 150. Jahr ihres Bestehens hat die SPD den Klassenkampf für sich wieder entdeckt und – unter dem Deckmantel von mehr „Gerechtigkeit“ – die so genannten „Reichen“ ins Visier genommen. Dabei hat sie über den Bundesrat alles unternommen, um das Steuerabkommen, das die Regierung Merkel mit der Schweiz ausgehandelt hatte, zu Fall zu bringen. Mit diesem Abkommen wären alle in der Schweiz liegenden deutschen Anlagegelder versteuert worden – mit Sätzen von 21 bis 41 Prozent. Das allein hätte Gerechtigkeit bedeutet – und nicht die vage Hoffnung von SPD-Finanzministern, CDs mit illegal beschafften Daten zu kaufen und darauf zu hoffen, Zufallstreffer zu landen.

Nicht um die Bekämpfung der Steuerflucht geht es der SPD, sondern darum, Steuersünder öffentlich an den Pranger zu stellen. Glücklicherweise hat die Öffentlichkeit das Manöver durchschaut.

www.alex-funk.de

Anette Hübinger

Vorbild Saarland



Wissenschaft und Forschung wirken schon immer global. Wissen wird heute in der ganzen Welt generiert. Für eine prosperierende Zukunft Deutschlands ist die internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung von existenzieller Bedeutung.

Die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW) ist hierfür ein treffendes Beispiel. Schon 1978 wurde das deutsch-französische Hochschulinstitut als Kooperation zwischen HTW und der Universität Metz (heute Université de Lorraine) per Staatsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich aus der Taufe gehoben. Heute zeigt die HTW durch den erfolgreichen Abschluss des HRK-Audits „Internationalisierung der Hochschulen“, wohin die Reise in den nächsten Jahren gehen soll. Sie gehört damit zu einer der ersten Hochschulen, die dieses Audit erfolgreich absolviert haben.

Internationalisierungsstrategien unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden zukünftig ein immer größer werdender Standortfaktor im internationalen Wettbewerb sein. Nicht zuletzt deshalb treibt auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter meiner Federführung dieses wichtige Zukunftsthema voran.

www.anette-huebinger.de

Nadine Schön

Weniger Bürokratie durch kürzere Aufbewahrungsfristen



Belege und Rechnungen füllen in so manchem kleinen und mittelständischen Betrieb ganze Schränke und Container. Das soll sich in Zukunft ändern.

Mit unserem Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Belege und Rechnungen werden die Aufbewahrungspflichten für Unternehmen in zwei Stufen von zehn auf sieben Jahre verkürzt: in einem ersten Schritt auf acht Jahre, ab 2015 dann auf sieben Jahre. Im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie haben wir uns für diese gesetzliche Neuregelung eingesetzt.

Die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen ist ein wichtiges und richtiges Zeichen für unsere Wirtschaft. Mit diesem Gesetz befreien wir deutsche Unternehmen von unnötiger Bürokratie. Das spart Kosten in Höhe von ca. 2,5 Milliarden Euro jährlich!

So schaffen wir Freiräume für Investitionen und stärken insbesondere mittelständische Unternehmen. Hiervon werden auch zahlreiche saarländische Firmen profitieren. Das Gesetz bedarf jetzt nur noch der Zustimmung des Bundesrates. Ich kann nur an die Oppositionsparteien appellieren, diese massive Entlastung des Mittelstandes nicht aus parteitaktischen Erwägungen zu verhindern.

www.nadine-schoen.de